

ISOR aktuell

Mitteilungsblatt
der Initiativgemeinschaft
zum Schutz der sozialen Rechte
ehemaliger Angehöriger
bewaffneter Organe und
der Zollverwaltung der DDR e.V.

Nummer 12/2020 ★ 28. Jahrgang ★ Infopreis 0,00 Euro ★ Dezember 2020

Das zu Ende gehende Jahr ist für die meisten Menschen auf dieser Welt in vieler Hinsicht kein Grund zu ausgelassener Freude. Es zeigte sich, dass die Herrschenden unfähig sind, die propagierten „westlichen Werte“ – also die Diktatur der Minderheit über die Mehrheit – für das Überleben der Menschheit dienstbar zu machen.

Und trotzdem scheint ein Licht des Optimismus aus Südamerika zu uns. Chile, Bolivien und Venezuela sind Schauplätze erfolgreicher Befreiungsbemühungen vom imperialistischen Joch.

Und wir erinnern uns an die Welle der Solidarität in der DDR, die die Unidad Popular mittrug und deren Wirkungen bei uns auch heute spürbar sind. Geben wir dem jungen Licht auch unsere Kraft.

Volksabstimmung in Chile am 25. Oktober über das Erarbeiten einer neuen Verfassung

Nach langem Weg: Einigkeit aller fortschrittlichen Kräfte Chiles
Luz María De Stéfano Zuloaga de Lenkait
Juristin und Diplomatin a.D.

Das Resultat der Volksabstimmung in Chile am Sonntag 25.10.20 über das Erarbeiten einer neuen Verfassung (über 78 Prozent Zustimmung) zeigt in beeindruckender Weise die Einigkeit der chilenischen Gesellschaft für die notwendigen Veränderungen, die das Land seit langem benötigt.

Eine neue Ära für Chile ist damit eröffnet, denn das ganze Land ist erkennbar einig in dem Willen für Fortschritt. Die Wende verlangt in der Tat ein Projekt sozialer Veränderungen, bei dem es darum geht, ein wirklich demokratisches, souveränes und sozial gerechtes Land aufzubauen. Dazu gehören kostenfreie öffentliche Bildung, eine Steuerreform zur Bekämpfung der Ungleichheit, eine auskömmliche Altersversorgung für alle und ein besseres Gesundheitssystem mit gleichberechtigtem Zugang für alle ohne Zwei-Klassenmedizin und ohne weitere Privatisierung.

Während der zweiten Amtszeit der Regierung der sozialistischen Präsidentin Michelle Bachelet 2014 konnten sich fortschrittliche Kräfte zum ersten Mal seit der Regierung von Präsident Salvador Allende (1970-1973) wieder zusammenschließen, als die kommunistische Partei an einer politischen Regierungsmehrheit in Chile teilnahm. Es war auch das erste Mal, dass Christdemokraten bereit waren, an der Seite von Sozialisten und Kommunisten zu regieren. Mit dem Triumph von Michelle Bachelet öffnete diese neue Mehrheit schon 2014 den Weg für die notwendigen

Veränderungen. Michelle Bachelet erzielte das beste Wahlergebnisergebnis (62,4 Prozent), das seit dem Ende der Pinochet-Diktatur je ein Kandidat bei einer Präsidentschaftswahl erreichen konnte. Es war der Sieg aller derjenigen, die in den vergangenen Jahren für ihre Forderungen auf die Straße gegangen waren: „Gewinne dürfen nicht der Motor der Bildung sein, denn Bildung ist keine Ware! Die Träume der Menschen sind kein Handelsgut, sondern ein Recht aller! Es haben die gesiegt, die im Namen der Vielfalt, im Namen der Toleranz für eine öffentliche Gesundheitsversorgung und für die Verteidigung der Rechte der indigenen Völker auf die Straße gegangen sind.“ So die gewählte Präsidentin damals. Sie betonte, dass eine neue Verfassung zu erarbeiten sei, „die mehr Rechte sichert und die garantiert, dass in Zukunft die Mehrheit nie wieder von einer Minderheit zum Schweigen gebracht wird“.

Den damaligen Sieg 2014 der Sozialistin Michelle Bachelet bewertete die Generalsekretärin der Kommunistischen Jugend, Karol Cariola, als „ersten Schritt zum Aufbau einer wirklichen Demokratie in unserem Land“.

Die Kommunisten haben immer eine bedeutsame Rolle im politischen Leben Chiles, ja auch im Parlament gespielt. Sie haben sich ständig für die Einigkeit aller fortschrittlichen politischen Kräfte eingesetzt: Undogmatisch und offen zum Dialog in der schwersten Stunde der politischen Geschichte des Landes. In

Eine gute Idee für 2021 –
Lenin im Hungerjahr 1917:

„Verwandeln wir
die Krisen der Symptome
in Krisen der Ursachen.“

diesem Sinn ist die Kommunistische Partei Chiles eine Partei von größtem Patriotismus und Besonnenheit. Die politische Rechte Chiles ist traditionell auch undogmatisch und pragmatisch. Deswegen war die Diktatur von General Pinochet trotz engstirnigem Antikommunismus des Generals und seiner reaktionären Entourage nicht in der Lage, die Straßen mit dem Namen des Gründers der Kommunistischen Partei, Emilio Recabarren, umzubenennen, wie es mit Namen großer deutscher Kommunisten auf dem Gebiet der einstigen DDR unter den BRD-Reaktionären geschah. In allen großen Städten Chiles ist der Straßename zur Ehrung des kommunistischen Parteigründers mit seinem Namen Emilio Recabarren erhalten geblieben. Eine Selbstverständlichkeit, die in Chile nie zur Diskussion stand, denn schon in der Schule lernt man, wer die kommunistische Partei gründete und wann das geschah. An ihre undogmatische und humanistische Haltung der liberal-konservativen chilenischen Kräfte ist auch in jenem Zusammenhang zu erinnern, dass sie zusammen mit allen anderen politischen Kräften im Parlament für die Aufnahme des deutschen Staatschefs Erich Honecker stimmten, der 1998 todkrank nach Chile ins Exil kam. Es war eine einstimmige politische und humanitäre Entscheidung zugunsten des deutschen kommunistischen Staatsoberhauptes. Die Katholische Kirche schloss sich ihr an. Seine Frau lebte in Chile bis zu ihrem Tod am 6. Mai 2016 und genoss den Respekt aller Chilenen.

30 Jahre nach dem militärischen Sturz des sozialistischen Präsidenten Salvador Allende wurde im Parlament Chiles ein Gesetz angenommen, das die Errichtung eines Allende-Denkmal vor dem Palast La Moneda herbeiführte. Das Gesetz wurde einstimmig angenommen, alle politischen Parteien billigten es: Die Konservativen mit den Parteien UDI (Unión Democática Independiente) und Renovación Nacional waren sich mit Sozialisten und Kommunisten darüber einig. Auch die Christdemokratische Partei stimmte dafür. Die offizielle Feier zur Einweihung des Allende-Denkmal am 4. September 2000 wurde aber in reaktionären deutschen Medien verschwiegen. Die Süddeutsche Zeitung widmete dieser offiziellen Feier in Santiago kein Wort.

Deutsche Medien verschwiegen auch die schon bekannten CIA-Dokumente, die die geheime hinterhältige US-amerikanische Intervention in Chile während der letzten vier Jahrzehnte belegen. Zu dieser ungeheuerli-

chen Einmischung mit mörderischen Folgen und unsäglichem Leid für das Land gehört auch die Disposition von fast zwei Millionen US-Dollar für wichtige Presse-Organe des Westens, um die Regierung von Präsident Salvador Allende damals weltweit zu diskreditieren und so eine psychologische Basis für den geplanten militärischen Sturz vorzubereiten.

Da selbst die USA ihre ungeheure Einmischung in Chile anerkennen, ist es allerdings unverständlich, dass die Süddeutsche Zeitung die offizielle Feier zur Enthüllung des Denkmals von Präsident Allende völlig verschwiegen und sich stattdessen beschämenderweise für den General Augusto Pinochet entschied, indem sie ihn am 6.9.2000 als Zentralgestalt für die Aussöhnung Chiles mit der Überschrift heraus hob: „Pinochet ruft zur Aussöhnung auf“. Für ein Land ohne entwickelte Rechtskultur, ohne rechtsstaatliche demokratische Tradition wie Deutschland ist dies normal. Aber selbstverständlich nicht für Chile. Durch die Anwendung von Recht und Gesetz und durch das Wirken der Justiz gegen die Straflosigkeit kehrte Chile zur Normalität zurück.

Aussöhnung schafft man mit dem Enthüllen und Aufklären aller Verbrechen und dem Anwenden von Recht und Gesetz, aber nicht, indem man die Verbrechen unter den Teppich kehrt nach der Devise „verjährt und vergessen“, wie es hierzulande unter dem CDU-Kanzler Konrad Adenauer geschah, als er die Re-Nazifizierung Deutschlands auf höchster Ebene in Gang setzte und damit vermied, dass

sich Deutschland aufrichtig mit seiner faschistischen Vergangenheit auseinandersetze.

Chile dagegen ist reif genug, die Institutionen des Rechtsstaates zu respektieren, so auch die Urteile der chilenischen Justiz. Deshalb passte es überhaupt nicht in den Kontext der Lage Chile damals (2000) über „Versöhnung“ zu sprechen, am wenigsten aus dem Mund eines befangenen widerspenstigen Generals Pinochet, der in Deutschland immer auf schweigende Bewunderung und Sympathie stößt. Im Land hatte man schon lange angefangen, sich zu versöhnen. Sogar in den schwierigsten Phasen der Diktatur zeigte die chilenische Bevölkerung bürgerliches, ziviles Verhalten, um das viele andere Länder Chile beneiden können.

Unsere politische Kultur ist klipp und klar sehr humanistisch geprägt. Wir sind eher eine liberal-konservative Gesellschaft, aber eine offene Gesellschaft, wo konservative mit kommunistischen Abgeordneten am selben Tisch sitzen, um ein „göttliches Abendessen“ (divina comida) zusammen zu genießen, wie mehrfach in chilenischen Fernsehsendungen aufgezeichnet.

Auch die konservativ-liberalen rechten Parteien UDI und Renovación Nacional haben schon während der ersten Amtszeit von Präsident Sebastián Piñera die Notwendigkeit einer Bildungs- und Gesundheitsreform erkannt. Schon der damalige Bildungsminister Felipe Bulnes erklärte einmal, die Bildung sollte für die Jugend kostenlos sein: „Geld gibt es ge-

nug“. Dass er nicht sein Vorhaben verwirklichen konnte, liegt an dem verhängnisvollen Einfluss der Banken, die von der Verschuldung der Jugend und ihrer Eltern profitieren und mit ihr ein lukratives Banken-Geschäft auf deren Kosten sichern wollen. Dieses neoliberale System, das allein auf der Macht des Geldes und Profit beruht, hat die rechten Parteien in Chile in ähnlicher Weise zum Scheitern verurteilt, wie hierzulande die FDP, die wegen der unmenschlichen Folgen des Neoliberalismus von der politischen Bühne verschwand.

Das Land hat aber einen langen Weg zurückgelegt, und zwar seit 1973. (...)

Das Land hat viel erreicht in den zurückliegenden fast 50 Jahren nach der Diktatur. Für eine neue Verfassung gibt es jetzt einen breiten gesellschaftlichen Konsens, um einen konstruktiven Prozess dafür voranzutreiben. Die Kooperation und Unterstützung der rechten Parteien sind dazu nicht auszuschließen, denn sie haben schon einmal zusammen mit Sozialisten und Kommunisten im Interesse Chiles pragmatisch und patriotisch im Parlament abgestimmt, nämlich als es um die Verstaatlichung des Kupferbergbaus unter dem Präsidenten Salvador Allende ging. Die konstruktive Kooperation der rechten Parteien mit der fortschrittlichen Mehrheit kann ein neues Kapitel in der Geschichte Chiles schreiben, ein beispielhaftes Kapitel, das die Reife der Demokratie Chiles ehren würde.

Am 31. Oktober meldet die „junge Welt“ die Gründung eines neuen Vereins der Solidarität mit Venezuela in einem Gespräch mit Carsten Hanke:

»Wir wollen einen Beitrag zur Völkerverständigung leisten«

Vor kurzem haben Sie gemeinsam mit Unterstützern einen Verein mit dem Namen »Gesellschaft für Frieden und internationale Solidarität«, kurz Gefis, gegründet. Wie kam es dazu, und wer sind Ihre Mitstreiter?

Nach der Rosa-Luxemburg-Konferenz Anfang des Jahres in Berlin habe ich gemeinsam mit Carolus Wimmer, dem Vorsitzenden des venezolanischen Komitees für internationale Solidarität und Friedenskampf, kurz Cosi, nach Wegen gesucht, wie man die Solidarität mit Venezuela intensivieren könnte. Zu diesem Zeitpunkt gab es keinen Ort, an dem sich die Unterstützungsbemühungen hätten bündeln lassen. Die Idee, selbst einen Verein zu grün-

den, drängte sich daher auf. *Welche Gedanken verbinden Sie mit dem Vereinsnamen?*

Die Solidarität mit Venezuela ist für mich untrennbar verbunden mit der Unterstützung für alle Länder und Völker Lateinamerikas. Insofern standen Simon Bolivar und Alexander von Humboldt Pate bei unserer Vereinsgründung. Und dass ohne Frieden alles nichts ist, braucht hier nicht erwähnt zu werden.

Bei einer Vereinsgründung müssen hierzulande viele Formalien beachtet werden. Wie weit sind Sie da?

In der Tat gleicht so etwas mit allem, was dazu gehört, einem Dauerlauf. Inzwischen ist unser Verein aber registriert, seine Gemeinnüt-

zigkeit anerkannt. Damit ist er voll arbeitsfähig. *Welche konkreten Ziele hat Ihre Organisation?*

Hier möchte ich nur zwei nennen. Zum einen geht es uns darum, eine Gegenöffentlichkeit herzustellen, um dem von den USA und ihren Bündnispartnern verbreiteten Zerrbild über Venezuela entgegenzutreten. Zum anderen soll direkte solidarische Hilfe für die unter den Folgen der Sanktionspolitik leidende Bevölkerung organisiert werden. Wir wollen einen Beitrag zur Völkerverständigung leisten, indem wir zum Beispiel einen Jugendaustausch etablieren oder Bildungsveranstaltungen durchführen.

Über die Folgen westlicher Sanktionen in Venezuela, Kuba oder Nicaragua berichten die Leitmedien der BRD so gut wie nie. Wie sehen Sie die Blockaden und deren Konsequenzen?

Diese Blockaden sind unmenschlich. Die USA und in deren Schlepptau auch Deutschland nehmen wissentlich in Kauf, dass durch die Embargopolitik Menschen verhungern oder sterben, weil keine Nahrungsmittel und nicht einmal lebenswichtige Medikamente geliefert werden dürfen. Nach der hiesigen Rechtsprechung stellt Mord den Tatbestand einer vorsätzlichen Tötung dar. Für mich ist das Mord. Es stellt sich die Frage: Warum werden die verantwortlichen Politiker der Länder, die sich dem US-Embargo unterwerfen beziehungsweise

es tatkräftig unterstützen, nicht vor einem internationalen Gerichtshof angeklagt und verurteilt?

Sie haben sich große Ziele gesteckt. Wie wollen Sie Ihre Arbeit konkret organisieren?

Wir müssen unsere Aktivitäten immer darauf ausrichten, was wir leisten können. Getan werden müsste noch viel mehr – das ist uns bewusst und treibt uns an, neue Initiativen zu starten und mit allen fortschrittlichen Partnern, ob Vereinen oder Einzelpersonen, die sich mit unseren Initiativen identifizieren können, eine gleichberechtigte Zusammenarbeit zu pflegen. Als erste Aktion starten wir in diesen Tagen die Initiative »Medizin für Venezuela«. Hier wird um Spenden geworben, mit denen notwendige

Medikamente gekauft werden. Diese werden dann nach Venezuela gebracht und vor Ort zielgenau verteilt.

Ein schönes Beispiel von einem Zusammenwirken in der Solidaritätsarbeit war unsere erste Veranstaltung. Hier hatten wir in Rostock anlässlich des 50. Jahrestages des Sieges der Unidad Popular in Chile den politischen Aktivist und Theologen Michael Ramminger vom Münsteraner Institut für Theologie und Politik zu Gast. Seine Botschaft, der wir uns anschließen, lautet: Sich zu erinnern bedeutet mehr als nicht zu vergessen.

**Carsten Hanke lebt in Rostock und engagiert sich für Venezuela
Interview: Kristian Stemmler 20.10.2020)**

Aus der Arbeit des Vorstandes

Der geschäftsführende Vorstand schätzte ein, dass die Vorstände und Mitglieder der TIG auch weiter verantwortungsbewusst und diszipliniert mit den Corona-bedingten Einschränkungen umgehen, Veranstaltungen abgesagt und die persönlichen Kontakte auf das Notwendigste beschränkt haben. Die Geschäftsstelle bleibt vorerst geöffnet, wobei der Schwerpunkt der Arbeit in der Sicherung der Herausgabe, Verteilung und Versendung unseres Mitteilungsblattes **ISOR aktuell** besteht.

*

Nach Auswertung der periodischen Berichterstattung der TIG vom September 2020 zur Mitgliederbewegung ergibt sich folgendes Bild: ISOR hat aktuell 8.147 Mitglieder. Im vergangenen halben Jahr sind 162 Mitglieder verstorben. 196 Mitglieder haben ihren Austritt erklärt, zumeist aus Alters- und Gesundheitsgründen, mit Dank an die von ISOR geleistete Arbeit und der Versicherung, weiterhin solidarisch mit ISOR verbunden zu bleiben. 15 Mitglieder wurden neu aufgenommen. Dabei handelt es sich fast ausschließlich um ehemalige Volkspolizisten.

*

Das Redaktionskollegium, das mit Abstand und unter Nutzung moderner Nachrichtentechnik seine Arbeit auch im nächsten Jahr fortsetzt, und nach dem Rat von Georg Christoph Lichtenberg (1742 bis 1799) handeln muss, „die Gesundheit sieht es lieber, wenn der Körper tanzt, als wenn er schreibt“,

grüßt seine Leserinnen und Leser zum Jahreswechsel und hofft, dass wir alle gut durch die Zeit kommen.

In solidarischer Verbundenheit: Bleibt gesund, Genossen, und schreibt auch mal an Euer Mitteilungsblatt!

*

Zu den Rentenbearbeitungszeiten in der Bundesrepublik Deutschland

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Partei DIE LINKE im Bundestag, **Gesine Löttsch**, äußerte sich in der „*jungenWelt*“ vom 16. November über die Praxis der Bundesbehörden bei der Anerkennung von Renten

Die Rentenzahlungen an ehemalige Kollaborateure der faschistischen Wehrmacht war dabei kein Thema, denn diese Zahlungen in Millionenhöhe an Empfänger in Westeuropa und dem Baltikum funktionieren schon lange reibungs- und lautlos.

Dagegen stellte das Bundessozialgericht – und das erst auf Initiative einer polnischen Jüdin – 1997 fest, dass Opfer des deutschen Faschismus, die in einem Ghetto gearbeitet hatten, eine Rente nach deutschem Recht zustehen. Schon (!) fünf Jahre später beschloss der Bundestag, den Überlebenden eine solche auf ihren Antrag hin zuzuerkennen.

Und wenn schon Deutsche mit derartigen Anträgen wegen der bürokratischen Sprache und den juristischen Spitzfindigkeiten ihre

Not und Mühe haben, war es für die Betroffenen in Polen 57 Jahre nach der Ghettoarbeit eine unwürdige Zumutung, dafür alle Belege lückenlos beizubringen. Zumal sie mit dem offensichtlichen Unwillen der Gerichte konfrontiert waren. Vielmals wurden die Kläger vor Gericht erst gar nicht angehört. So sei ein Bürger, der auf eigene Kosten aus Israel angereist war und vor dem Sitzungssaal auf dem Flur saß, nicht eingelassen worden.

Ignoranz und menschliche Kälte bestimmten meist den Umgang mit diesen Menschen. Im Jahr 2008 gab es 6.100 bewilligte und 65.000 abgelehnte Anträge.

Die Autorin berichtet davon, dass die Deutsche Rentenversicherung diese Anträge erst ab 2012 erfasst hat. In jenem Jahr

wurden 83.100 Anträge gestellt und 32.000 (38 Prozent) nicht bewilligt. Im vergangenen Jahr betrug die Ablehnungsquote fast 40 Prozent. Ein Spiel auf Zeit: Von den im vorigen Jahr bewilligten Anträgen bekamen weniger als die Hälfte der Berechtigten ihre Rente.

Es geht aber auch anders: Die KZ-Aufseherin Margot Pietzner, die in Bautzen einsaß, bekam nach dem Anschluss des Unrechtsstaates an den siegreichen Rechtsstaat neben ihrer Freiheit auch eine „Entschädigung“ in Höhe von 64.350 DM. Die Bearbeitungszeit für diese Bewilligung betrug 14 Tage. (gestützt auf den Beitrag „Kleinkrieg um Ghettorenten“

w.k.

*

Conrad Taler

Quod licet Trump, non licet Putin

Im Original heißt das Zitat: „Quod licet Iovi, non licet bovi.“ Was Jupiter erlaubt ist, darf der Ochs keineswegs. Im übertragenen Sinne: Was Trump nachgesehen wird, darf sich Putin nicht erlauben. Natürlich hinkt der Vergleich. Der amerikanische Präsident hat die Tötung des iranischen Generals Soleimani durch eine ferngesteuerte Kampfdrohne nach eindeutiger Beweislage selbst befohlen und ist damit rechtlich voll verantwortlich, während der russische Präsident Putin für den Giftanschlag auf seinen Kritiker Nawalny nur politisch verantwortlich gemacht wird.

Aber darum geht es hier nicht. Es ist die Verlogenheit bei der öffentlichen Beurteilung beider Vorgänge, die einem, auch mit Blick auf den Mord an dem Journalisten Khashoggi durch ein Killerkommando des saudi-arabischen Herrscherhauses, den Atem verschlägt. Das beispiellos scheußliche Verbrechen blieb wie der Mord an Soleimani ohne jenes lärmende Echo, das wir im Fall Nawalny erleben.

Dass ausgerechnet Heiko Maas, der von sich sagt, er sei wegen Auschwitz in die Politik gegangen, die Propagandatrommel am lautesten schlägt und der Doppelmoral so zu einem gewissen Rang verhilft, verstehe wer mag. Ein deutscher Außenminister sollte schließlich im Hinterkopf haben, was Deutsche dem russischen Volk im Zweiten Weltkrieg angetan haben. Hauptsächlich auf sein Betreiben hin hat die Europäische Union Sanktionen gegen Russland beschlossen. Die Einreisesperren gegen einige Personen sind dabei nicht das Wichtigste. Vorrangiges Ziel ist die moralische Beschädigung des Ansehens der Russischen Föderation im globalen Machtpoker.

Begründet hat Maas gemeinsam mit seinem französischen Amtskollegen Le Drian die Sank-

tionen mit der Behauptung, Russland habe bislang nicht glaubhaft auf den grausamen Mordversuch an Nawalny reagiert. Mit Verlaub: Wer entscheidet darüber, ob eine Reaktion glaubhaft ist oder nicht? Der deutsche Außenminister? Die russische Antwort auf die Anmaßung ließ nicht auf sich warten. Außenminister Law-



row hielt den deutschen Behörden vor, entgegen internationalen Rechtsvorschriften immer noch keine Beweise für eine Vergiftung Nawalyns vorgelegt zu haben. Und an die Adresse der EU gerichtet sagte er, die für die Außenpolitik zuständigen Amtsträger verstünden nicht die Notwendigkeit eines von gegenseitiger Wertschätzung geprägten Gesprächs. „Vielleicht sollten wir für eine Zeit einfach aufhören, mit ihnen zu sprechen.“

Ob die Damen und Herren in Brüssel verstanden haben, was Lawrow damit sagen wollte? Haben die Außenminister Deutschlands und Frankreichs sich nicht überhoben, als sie behaupteten, es gebe „keine andere plausible Erklärung für die Vergiftung von Herrn Nawalny als eine russische Beteiligung und Verantwortung“? Man stelle sich vor, jemand hätte Deutschland vorgeworfen, für die Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds in der

Zeit zwischen 2000 und 2007 gebe es keine andere plausible Erklärung als eine deutsche Beteiligung und Verantwortung. Vor Gericht wäre damit niemand weit gekommen.

Im Fall Khashoggi hat sich die EU nicht auf Einreisesperren gegen 18 saudische Staatsangehörige verständigen können. Auch der Mord an der maltesischen Journalistin Galizia blieb ohne gemeinsame Reaktion. Präsident Juncker und die EU-Kommission verurteilten den Anschlag zwar, wie es hieß, mit den „schärfst möglichen Worten“, ansonsten blieb das Verbrechen für das EU-Mitglied Malta auch drei Jahre danach ohne Folgen.

Welche Maßstäbe die Europäische Union gegenüber ihrem Schoßkind Ukraine anlegen wird, wo laut *Süddeutscher Zeitung* vom 16. Oktober seit der Unabhängigkeit im Jahr 1991 weit über 50 Journalisten ermordet wurden, bleibt abzuwarten. Die EU hat der Ukraine nach offiziellen Angaben seit 2014 mit 3,3 Milliarden Euro unter die Arme gegriffen. „Kein anderes nicht der EU angehörendes Land erhielt eine derart hohe Finanzhilfe“, rühmte sich die Europäische Kommission am 30. November 2018. Haben die europäischen Kämpfer für Rechtsstaatlichkeit und Menschenwürde von der Regierung in Kiew schon eine plausible Erklärung für die Morde an 50 Journalisten eingefordert? Oder halten sie es auch in dem Fall lieber mit dem „Quod licet Iovi, non licet bovi“?

Mit freundlicher Genehmigung der
Zeitschrift **OSSIETZKY** Nr. 21/
v. 31.10.2020 www.ossietzky.net

Zwischenruf

...Biden und die „Demokraten“
haben die Wahl gewonnen.
Na und? ...

M. Wild, Berlin

Wer im Stich lässt seinesgleichen, lässt ja nur sich selbst im Stich

Von Liane Kilinc

Da wurde in Leipzig auf der Querdenker-Demonstration ein Transparent getragen, auf dem geschrieben stand: „Das bösartigste Virus auf der Welt ist die Kommunistische Partei Chinas“. Und das ist nur die Spitze des Eisbergs. Wir alle haben die immer wiederkehrenden Vorwürfe im Ohr, die Grundrechtseinschränkungen, die durch die Pandemie begründet werden, seien 'DDR 2.0', während gleichzeitig das Grundgesetz in den Himmel gehoben wird als sei es tatsächlich die beste aller deutschen Verfassungen. Maskenzwang ist Faschismus oder Stasi, egal, beides gleich böse... Welch ein Durcheinander in den Köpfen, man weiß gar nicht, an welcher Stelle man anfassen kann, um diesen Knoten zu entwirren. (...)

Wie kann es sein, dass Menschen auf die Straße gehen und erklären, sie glaubten nicht, was über die Pandemie in den Medien steht, aber dennoch unverbrüchlich glauben, was dieselben Medien, dieselbe Regierung über die DDR erzählen? Kann man wirklich die eine Erzählung so grundsätzlich in Frage stellen und die andere unüberdacht lassen? Und wie kann es sein, dass irgendwie in dem Ganzen die wirklichen, die sozialen Fragen gar nicht benannt werden? Weder von den sogenannten Leugnern, die sich am Grundgesetz festgebissen haben, noch von jenen, die meinen, der Regierung die Stange halten zu müssen, auch wenn viel für die Konzerne und wenig für die Menschen getan wird? Es ist, als gäbe es gar keine

Sprache mehr für solche Fragen. Wir sind es ja gewohnt, dass viele schon beim Wort 'Klasse' die Augen aufreißen, als stünde der Leibhaftige vor ihnen. Aber seit der Annektion wurden Schritt für Schritt weitere Begriffe ersetzt oder unmöglich gemacht. Wer von sozialer Gerechtigkeit spricht, fördert den Sozialneid; wer benachteiligt wird, ist jetzt sozial schwach, wer seine Arbeitskraft nicht mehr verkaufen kann, dem fehlt die Eigeninitiative – ja, selbst ganz gewöhnliche sozialdemokratische Politik, wie sie die BRD in den 70ern kannte, ist mit dieser Sprache nicht einmal mehr einzufordern. Ganz zu schweigen davon, aus objektiven Klasseninteressen wieder subjektive werden zu lassen. (...) Wie also sollen Menschen, denen plötzlich der Boden unter den Füßen wegrutscht, das denken und aussprechen können, was ihnen tatsächlich angetan wird? (...)

Die Vermögensstatistik besagte schon vor Jahren, dass die Hälfte der deutschen Bevölkerung so gut wie kein Vermögen besitzt. Das tut im normalen Alltag nicht weh, aber wenn plötzlich etwas wie jetzt passiert, dann öffnet sich schnell ein unerwarteter Abgrund. Und der Blick fällt natürlich zuerst auf den Anlass, nicht auf den Grund. Auch andere Dinge wirken mit. Seit vielen Jahren steigt die Zahl der Depressionen; eine normale Reaktion auf den beständigen Druck, zu dem nicht nur Konkurrenz in der Arbeit, sondern eben auch die Angst vor Armut, Krankheit, Wohnungslosigkeit gehören, und in diesem Jahr, das stand vor wenigen Tagen erst in Berlin in der Zeitung zu lesen, ist die Selbstmordrate enorm in die Höhe geschossen. Auch das kein Wunder, wenn immer mehr „soziale Distanz“ eingefordert wird, in einer Gesellschaft, die im Normalzustand schon keine Heimat bietet. Das alles beengt, und auf das Gefühl der Enge reagieren Menschen blindlings mit dem Wunsch nach Freiheit.

Und weil ihnen ständig das Geklingel von 'Freiheit und Democracy' im Ohr liegt, dieses groß tönende Leer Wort ohne jede Bestimmung, wozu, wodurch und für wen, greifen sie in einem hilflosen Impuls nach den Worthülsen, die ihnen aus der täglichen Propaganda am vertrautesten sind. Es erinnert ein wenig an die Bauernkriege, als für die Forderung nach einer besseren Gesellschaft keine andere Sprache zur Verfügung stand als die der Religion. (...) Aber das wäre keine Lösung. Wir müssen unsere Sprache behalten, weil wir noch über die sozialen Interessen sprechen können, über die Widersprüche, die Nöte, die Notwendigkeiten; und jetzt, da die Mehrheit dieser Gesellschaft erst wieder lernen muss, vom Sozialen zu sprechen, kann sie das auch gleich mit den richtigen Worten wieder erlernen, von Klassen, deren Interessen und deren Kämpfen, nicht mit der alten sozialdemokratischen Sklavensprache.

Aber es ist nicht nur Sprachlosigkeit, die einen tatsächlich sozial begründeten Protest auf bizarre antikommunistische Abwege führt. Es ist auch nicht nur die Abwesenheit einer klar führenden politischen Kraft, die die wirklichen Probleme aufgreift und benennt. Es ist auch nicht nur die

tiefe Zersetzung aller oppositionellen Organisationen, nicht nur Folge der Bemühungen, jede Form von Protest wieder einzufangen und ins Lager der Kriegstreiber zurückzuführen. Um zu verstehen, was hier passiert, müssen wir den Blick etwas weiten, auch über die Grenzen unseres Landes und selbst unserer Gegenwart. Denn eines ist klar – wir befinden uns an einem Wendepunkt in der Geschichte. (...)

Das US-amerikanische Imperium ist vorüber. Das ist die eine Ebene der tiefen gesellschaftlichen Krise; die Ökonomie ist die andere. Ein weiteres Mal mästet man die Milliardäre auf Kosten des gemeinen Volks. (...)

Die herrschende Klasse bedient sich ungehemmt; sie plündert bereits diejenigen, die sich zur Mittelschicht zählen, die Arbeiteraristokratie und das Kleinbürgertum, aber selbst dieser Raubzug löst die ökonomischen Probleme nicht, die seit der Finanzkrise auf dem Tisch liegen. Es gibt innerhalb dieses Systems keine Vorstellung von Zukunft mehr. (...)

Tucholsky schrieb einmal, das Volk verstehe das meiste falsch, aber es fühle das meiste richtig. Das Gefühl umfasst den Zorn über eine Regierung, die nichts als der blanke Knecht der Konzerne ist, es umfasst die Angst vor der ungewissen Zukunft, es umfasst die Wut über die Leere, die die Stelle des Sozialen eingenommen hat. (...)

Das Volk fühlt das. Aber eines sollte man nicht vergessen – selbst in den großen Umbrüchen zeigt sich die wahre Gestalt des Widerspruchs erst mit der Zeit. Gerade dann, wenn große Mengen Menschen ohne politische Vorgeschichte in Bewegung geraten, sind die Töne anfangs seltsam und etwas ganz Anderes, als wir uns wünschen oder erwarten würden. Sie täuschen sich über die Wirksamkeit einer geäußerten Meinung, ja, sie werden darin noch bestärkt, weil man schon auf diese Meinung einschlägt; und dennoch, sie werden erkennen müssen, dass dieser Weg nirgendwo hin führt. Dann haben sie zwei Möglichkeiten – sich brav wieder nach Hause zu trollen, um selbst unter der schlechten Herrschaft brave Untertanen zu bleiben, oder aber: andere Fragen zu stellen, die wirklichen Interessen entdecken, zu begreifen, dass alle bisherige Geschichte die Geschichte von Klassenkämpfen ist, auch die unsere, heute und hier. Dann sollten wir unsere Antworten parat haben. Sobald die Fragen weiter gestellt werden, und sei es nur bis zu dem Punkt des "ihr da oben- wir da unten", verändert sich auch die Bedeutung des Satzes auf jenem Transparent, das ich eingangs zitiert habe. Denn der gute Untertan bleibt an die Sicht der Herrschenden gebunden, Herrschende, für die die KP Chinas tatsächlich der bösartigste Virus der Welt ist. Was für sie schlecht ist, das wird begriffen werden müssen, kann für uns gut sein, und die einzig gute Herrschaft ist die, die das Volk über sich selbst ausübt. Das zu begreifen, dafür darf man tatsächlich den Blick nach China richten.

Redaktionell bearbeitet. Der vollständige Beitrag befindet sich auf unserer Internet-Seite unter „Leserzuschriften“

Auch das noch

Langweilig war es heuer nicht im Vaterlande. Obwohl nicht alle Ereignisse ins BILD passen. Aber es gab auch kleine Sachen, die wie Treibgut an uns vorbei schwommen. Jemand aus längst vergangener Schulzeit war kurz zu sehen. Der Dichter mit der „Glocke“ und der Locke, die noch heute im Bäckerladen liegt, beging seinen 215. Todestag. Man kann natürlich darüber hinweg schwurbeln, wenn Friedrich Schiller nicht ein Seher der besonderen Art wäre. Er konnte bis in unsere Zeit schauen und hat manchen aktuell wirkenden Rat hinterlassen:

„Ans Vaterland, ans teure, schließ dich an.“
Das, lieber Friedrich, tun wir, denn „Wir sind ein Volk und einig wollen wir handeln“. Das kannst du schon daran ermessen, dass wir mit zipfelmützigter Eile einen Bahnhof verbuddeln, eine allzu teure Philharmonie in Hamburg zusammengebastelt haben und innerhalb eines Dezenniums in Preußen bei Berlin nach deinem Worte „der kluge Mann baut vor,“ einen Flugplatz...o, Verzeihung, du weißt ja nicht, was das ist; lassen wir's. Jedenfalls war es in diesem Jahr damit so weit, dass deine Vorhersage „Und neues Leben blüht aus den Ruinen“ sich erfüllte denn die Ruine wurde entstaubt. Aus einem Monolog Wallensteins „da steh' ich, ein



Dämmer als die Polizei erlaubt:

„Mit Jesus gegen DDR 2.0“
Im „Land der Dichter und Denker“
an der Schwelle des Jahres 2021
(Titelseite der jW am 19.11.2020)

entlaubter Stamm“ haben zwei Komiker 200 Jahre später das „entstaubte Lamm“ gemacht und dich ein wenig ins Spaßige transferiert. Deine Mahnung allerdings „Wer gar zu viel bedenkt, wird wenig leisten“ nun der vorläufigen Vergangenheit angehört – eine Zeitform, die du und deine „Pappenheimer“ nicht kannten, wird heutzutage so angewandt, dass nur „wenig leisten“ übrig bleibt, während ein „gar zu vieles bedenken“ nicht mehr stattfindet.

Dafür ist deine Frage aktuell „Was rennt das Volk, was wälzt sich dort, die langen Gassen brausend fort?“, Wir können sie allseitig beantworten. So wälzte sich just zu deinem heurigen Geburtstag, aber leider auch zu einem Tag grausamer Hysterie im Jahre 1938 in unserer jüngeren Vergangenheit eine Masse durch Dresden, die vor lauter Angst um das Abendland immer etwas herumschreit, das zu deiner Zeit so geklungen hätte: „Mut zeigt auch der Mameluck, Gehorsam ist des Christen Schmuck.“ Kanntest du, verehrter Nationaldichter damals das Wort „Rassismus?“ Ich glaube nicht, denn du durftest ja auch noch straflos sagen: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen.“

Und überhaupt würdest du dich sehr wundern, wie nahe die Denkungsweise und Aufgeklärtheit an die Zeit vor deiner Zeit, also etwa das Mittelalter erinnert.

„Die Milch der frommen Denkungsart in gårend Drachengift verwandelt.“ Jetzt redest du von dem, was heute „Medien“ genannt wird, die am laufenden Band falsch Zeugnis wider ihres Nächsten reden. Gerade packt so ein Ronald, der in einem Theaterland im fernen Nordamerika vier Jahre einen Präsidenten darstellen wollte, widerwillig seine 20.000 Sachen. Ebenso viele Lügen habe er in seiner vierjährigen Amtszeit von sich gegeben, sagten die Zähler, die dauernd fragten „Wann wird der Retter kommen diesem Land? Das war kein Heldenstück!“ Diesen konnte der große Blonde nur noch ein resigniertes „Man soll die Stimmen wägen und nicht zählen“ hinterher werfen. Und dann ging er. Der große Blonde.

Ob nun im nächsten Jahr der Merz kommt, weiß man nicht. „Es soll der Sänger mit dem König gehen, sie beide wohnen auf der Menschheit Höhen!“ Das versteht man heute so: „Von der Parteien Gunst und Hass verwirrt, schwankt sein Charakterbild in der Geschichte.“ Woher du das nur weißt, Friedrich!

Auch das noch: „Johanna geht und nimmer kehrt sie wieder!“ Hier irrte unser Nationaldichter bei seiner Vorhersage im Vornamen. Wir werden also auch im neuen Jahr Verluste ertragen müssen.

„Es kann nicht sein, ich mag und will's nicht glauben“

Ja, Friedrich, das haben wir früher auch gesagt. w.k.

*

Aus der Postmappe

Lachen soll gesund sein?

Mein Hausarzt, die Apothekenzeitung, die psychologische Wissenschaft, und nicht zuletzt meine besorgte liebe Frau empfehlen mir fortwährend, meine dauernde geistige Anspannung mit mehrmaligen Lachen täglich zu ent-

**Gegen das grinsende Elend gab
es nur ein einziges Heilmittel:**

Lachen!

Wilhelm Liebknecht

krampfen. Aber keiner kann mir sagen, worüber ich lachen soll und könnte. Kein Wunder auch. In diesem Staat, in diesem Land, in dem ich zu leben gezwungen wurde, gibt es ohnehin und gerade jetzt nichts, aber auch gar nichts zu lachen. Es sei denn, ich betrachte die Regierungspolitik insgesamt als einen Witz.

Das allerdings wäre töricht und gefährlich. Ich würde über etwas lachen, das ernst zu nehmen klüger ist. Lacht man darüber, erleidet man schnell einen gesundheitsschädlichen Lachkrampf. Den zu beseitigen, kostet große Anstrengung, wenn nicht sogar Tränen, und im schlimmsten Fall einen Herzinfarkt.

Mit Letzterem müsste man eigentlich auf einer Intensivstation landen. Dort aber sind die Betten angeblich besetzt. Deshalb läuft man Gefahr, mit unwilligem Lachen im Sarg zu landen. Darum bleibe ich lieber „angespannt“.

Manfred Wild; Berlin

Lesenswert

Henry Nitschke

DIE PERSONENSCHÜTZER DES MfS

Strategien und Taktiken zur Absicherung der DDR – Staatsrepräsentanten edition berolina, ISBN 978 - 3 - 95841 - 110 - 4; 1. Auflage 2020, 636 Seiten, 29.90 Euro

Die Hauptabteilung Personenschutz spielte bei der Aufarbeitung der Tätigkeit des MfS bisher eher eine untergeordnete Rolle. In dem zweibändigen Sachbuch „DIE SICHERHEIT. Zur Abwehrarbeit des MfS.“ wurde das Thema nicht behandelt.

Der Autor hat nun einen informativen und spannenden Band geliefert, der einen einzigartigen Einblick in einen weithin unterbelichteten Bereich des Geheimdienstes der DDR gewährt.

Der Schutz der führenden Repräsentanten der DDR und ihrer ausländischen Gäste wurde schwerpunktmäßig durch die Hauptabteilung Personenschutz (HA PS) realisiert.

Henry Nitschke widmet sich dieser Thematik umfassend und detailliert. Es ist kein Enthüllungsbuch.

In sachlicher Form werden Gewalttaten in der DDR sowie Erscheinungsformen des internationalen Terrorismus beleuchtet und notwendige Aufgaben für die Personenschutzler dargestellt.

Der Autor beschreibt die Maßnahmen zur Sicherung der Partei- und Regierungsobjekte sowie der „Waldsiedlung“ bei Wandlitz, des Wohnobjektes der Mitglieder und Kandidaten des Politbüros der SED. Gestützt auf die akribische Auswertung des Aktenmaterials der HA PS sowie auf Aufzeichnungen von und mit Zeitzeugen werden die spezifischen Strategien, Taktiken und Einsatzkräfte des Personenschutzes vorgestellt. Unspektakulär wird über die Regelungen bei der Versorgung und Betreuung der führenden Repräsentanten der DDR und den Vorgehensweisen zur Sicherung der „Protokollstrecke“ berichtet. Eingehend schildert der Autor die Tätigkeit des sogenannten Nahabsicherungsbereiches. Und natürlich fehlen auch die „Schüsse von Klosterfelde“ nicht, die seinerzeit als „Honecker-Attentat“ in den Westmedien sensationelle Erwähnung fanden.

Hans Sauer

*

**Nach Redaktionsschluss der vorigen Ausgabe erreichte uns der Bericht
der TIG Halle über den von Mai auf Oktober verlegten**

ELBE TAG - 75. Jahrestag der Befreiung

Dieser fand unter Beteiligung eines Bündnisses linker Parteien und Friedensinitiativen, klug gewählt, am 3. Oktober, dem 30. Jahrestages des Anschlusses der DDR an die BRD in Torgau statt und setzte ein klares Zeichen für Frieden und den „Geist der Elbe“ sowie gegen die friedens-

gefährdende Hetze und den NATO-Truppenaufmarsch gegen Russland.

Der Demonstrationzug wurde angeführt von Jugendlichen der SDAJ, gefolgt vom Lautsprecherwagen und den Demonstranten verschiedener Parteien, Organisationen und



Elbwiese

Denkmal

Vereinen, wie DKP, KPD, der Linken, GRH, Marxistisches Forum, RotFuchs, Verband zur Pflege der Traditionen der NVA und der GT der DDR, aufstehen und Mitgliedern unserer drei TIG aus Halle.

Er führte von der Elbrücke durch die Stadt zum Thälmann-Denkmal, weiter zum Markt, dann zum Denkmal der Begegnung am Elbufer und wieder zurück über die Elbrücke und wurde umrahmt mit dem Lied von Jewgeni Alexandrowitsch Jewtuschenko „Meinst Du die Russen wollen Krieg“.

Ein Video zur Demonstration am 3. Oktober ist auf den Internetseiten der DKP und

auf YouTube mit den mahnenden Worten von Anton Latzo, Patrik Köbele, Stefan Natke u.a. zu sehen.

Mehrere Redner wiesen darauf hin, dass dem Anschluss der DDR an die BRD die Sowjetunion unter Gorbatschow mit dem „Zwei-plus-vier-Vertrag“ zugestimmt hat, allerdings unter der Bedingung der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als östliche Grenze Deutschlands, -keiner Stationierung von Nato-Truppen auf dem ehemaligen Gebiet der DDR und keiner Osterweiterung der NATO.

Der Westen versprach es, brach es und Gorbatschow nahm es hin. Für uns bleibt

die DDR das gute Deutschland — nicht, weil sie ohne Fehl und Tadel gewesen wäre, sondern weil sie die Ausbeuterordnung beseitigte und dem Monopolkapital 40 Jahre die Macht entzog. Deshalb ist es unsere Aufgabe, den täglichen Lügen und Halbwahrheiten entgegenzutreten und vor allem den Heranwachsenden ein objektives Bild über die DDR und die Sowjetunion zu vermitteln. Ein Redner in Torgau nannte den 3. Oktober „Volkstrauertag“. Für mich ist der 3. Oktober ein Kampftag gegen das Vergessen.

Hans Schwart

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Tel.: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff,

c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Postanschrift:

ISOR e.V. Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwährende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 25.11.2020

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 29.12.2020

Einstellung im Internet: 08.01.2021

Auslieferung: 13.01.2021

Herstellung: Druckerei Gottschalk, 10829 Berlin

Layout: R. Serinek

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 2978 43 16

Schatzmeister: Hans-Peter Speck – Tel.: (030) 2978 43 17

– Fax: (030) 2978 43 20

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: www.isor-sozialverein.de

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

BIC: BELADEVXXX

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 16